Interview

Wir wollen weiter investieren

[11.05.2020] Die Corona-Krise trifft auch die Energiewirtschaft hart. stadt+werk sprach mit BDEW-Hauptgeschäftsführerin Kerstin Andreae über die Absage des BDEW Kongresses 2020, Forderungen des Verbands an die Politik und den Beitrag der Branche zur Erholung der Wirtschaft.

Frau Andreae, WIR HANDELN sollte das Motto des diesjährigen BDEW Kongresses lauten. Wie sehr bedauern Sie die Absage des Kongresses aufgrund der Corona-Krise?

Die Entscheidung, unseren BDEW Kongress 2020 abzusagen, war unausweichlich. Trotzdem ist sie uns schwergefallen. Der BDEW Kongress ist das größte Netzwerktreffen der Energiewirtschaft mit über 1.600 Teilnehmern. Damit sind diese Tage nicht nur für uns, sondern auch für unsere Mitgliedsunternehmen jedes Jahr eine ganz wichtige Gelegenheit für Austausch, Diskussion und Netzwerken. Gerade in dieser Zeit, in der uns der Wandel hin zu einer nachhaltigen klimafreundlichen Wirtschaft gelingen muss, hätte es viel Gesprächsstoff gegeben. Aber wir sind uns unserer besonderen Verantwortung für die Gesundheit von Mitgliedern kritischer Infrastrukturen und systemrelevanter Unternehmen bewusst. Nun geht unser Blick nach vorne, zum BDEW Kongress 2021.

Das gewählte Motto des BDEW Kongresses klingt selbstbewusst, was hat die Energiewirtschaft schon getan für Energiewende und Klimaschutz?

Die Energiewirtschaft handelt – und das sehr erfolgreich: Innerhalb der vergangenen 30 Jahre ist es der Energiewirtschaft gelungen, ihre CO2Emissionen um 44 Prozent zu senken. Das Ziel für das Jahr 2020 haben wir damit als einziger Sektor erreicht und sogar über erfüllt. Der Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch liegt mittlerweile bei 43 Prozent. Noch vor zehn Jahren hätte damit kaum einer gerechnet. Klar ist aber, dass wir uns auf diesen Erfolgen nicht ausruhen dürfen. Das Erreichen der Klimaziele ist alles andere als sicher. Der Ausbau der Windkraft an Land ist zuletzt stark ins Stocken geraten und auch bei Photovoltaik und WindOffshore gilt es noch riesige Potenziale zu heben. Die Energiewirtschaft wird daher auch weiterhin alle Hebel in Bewegung setzen, um die Energiewende zu einem Erfolgsprojekt zu machen.

„Die Politik kommt einfach nicht in die Gänge und verliert sich viel zu häufig im Kleinklein."

Was muss passieren, damit auch die anderen Sektoren ihre Klimaziele erreichen können?

Leider passiert in den anderen Sektoren bislang zu wenig. Insbesondere im Mobilitäts und Gebäudesektor gibt es noch einiges zu tun. So brauchen wir mehr erschwingliche ElektroautoModelle und im Gebäudesektor einen verstärkten Einsatz klimafreundlicher Beheizungsarten. Hier könnte auch Wasserstoff einen großen Beitrag leisten. Ganz wichtig ist, dass sowohl Gesellschaft als auch Industrie die Energiewende nicht nur als eine klimapolitische Notwendigkeit, sondern auch als Chance begreifen. Die Aufgabe der Industrie ist es, innovative klimaschonende Lösungen für den Markt zu entwickeln und die eigene Produktion möglichst CO2-arm zu gestalten.

Wie lauten die Forderungen Ihres Verbands, um wieder für Schub beim Ausbau erneuerbarer Energien zu sorgen?

Die Energiewende kann nur mit den richtigen politischen Rahmenbedingungen gelingen. Aber die Politik kommt in vielen Bereichen einfach nicht in die Gänge und verliert sich viel zu häufig im Kleinklein. Ob langwierige Genehmigungsverfahren, die schon lange angekündigte, aber nicht umgesetzte Aufhebung des Förderdeckels für Photovoltaikanlagen oder monatelange Diskussionen über Windabstandsregelungen – hier brauchen wir mehr Tempo. Unsere Unternehmen stehen in den Startlöchern. Sie möchten investieren. Aber sie brauchen auch Planungssicherheit. Es reicht leider nicht, wenn nur wir handeln. Auch die Politik muss handeln und die Bremsklötze für den Ausbau der Erneuerbaren schleunigst beiseiteschieben. Zudem müssen wieder stärker die Vorteile der Energiewende in den Fokus rücken. Die Politik muss vor Ort für die Energiewende werben und den Menschen aufzeigen, warum es so wichtig ist, dass jeder Einzelne an der Energiewende mitwirkt. Die Bürger müssen aber auch wirtschaftlich von der Energiewende profitieren, zum Beispiel indem die vom Bau von Windenergieanlagen betroffenen Kommunen finanziell beteiligt werden.

Sind Wasserstoff und andere grüne Gase aus Ihrer Sicht eine klimafreundliche Alternative zum fossilen Erdgas?

Auf jeden Fall, deshalb ist die Gaswirtschaft hier schon aktiv und testet beispielsweise die Einspeisung von Wasserstoff ins bestehende Gasnetz. Der Einsatz von erneuerbaren und grünen Gasen kann einen großen Beitrag zur Senkung der Treibhausgasemissionen leisten. Grüne Gase sind bestens geeignet, um die Flexibilisierung des Energiesystems und die Dekarbonisierung der Sektoren Verkehr, Wärme und Industrie voranzutreiben. Um grünen Gasen und insbesondere Wasserstoff zum Durchbruch zu verhelfen, benötigen wir aber die richtigen regulatorischen Rahmenbedingungen durch die Politik und den Aufbau eines Marktes. Bis wir grüne Gase in ausreichendem Maße herstellen können, sollten wir aber auch die großen Potenziale von Erdgas für die Energiewende nutzen. Erdgas ist ein flexibel erzeugbarer, aber im Vergleich zu anderen fossilen Brennstoffen deutlich emissionsärmerer Energieträger.

Das Kohleausstiegsgesetz wird derzeit im Bundestag beraten. Welche Forderungen haben die Betreiber von Steinkohlekraftwerken an die Politik?

Die Kraftwerksbetreiber wollen ihre Energieerzeugung auf CO2-arme Technologien umrüsten, und sie stehen zu ihrer Verantwortung, für ihre Kunden gleichzeitig eine jederzeit sichere Strom und Wärmeversorgung zu gewährleisten. Grundsätzlich darf es keine gesetzliche Stilllegung von Steinkohlekraftwerken ohne angemessene Entschädigung geben. Auch die Kohlekommission hat ganz ausdrücklich Entschädigungszahlungen vorgesehen, sollten Kraftwerke per Gesetz stillgelegt werden. Es geht hier um keine Kleinigkeit, sondern um einen schwerwiegenden Eingriff in das Eigentum von Unternehmen. Das ist auch deshalb wichtig, damit Stadtwerke und Kommunen nicht in eine finanzielle Schieflage geraten: Die Betreiber der jüngeren Steinkohlekraftwerke sind beispielsweise zumeist Stadtwerke. Sie haben – nicht zuletzt auf Betreiben der Politik – die Kraftwerke gebaut, die jetzt stillgelegt werden sollen. Die Investitionen sind kreditfinanziert. Es muss den kommunalen Unternehmen möglich sein, diese Kredite zu bedienen und gleichzeitig in den notwendigen Ausbau der erneuerbaren Energien zu investieren.

Die Corona-Pandemie könnte weltweit zu einer schweren Wirtschaftskrise führen. Welche Auswirkungen erwarten Sie für die deutsche Energiewirtschaft?

Der Stromverbrauch geht zurück, das hinterlässt Spuren. Gravierende Probleme sehen wir zum Beispiel bei einzelnen Energieversorgern, wenn ein sehr großer Energiekunde aus der Industrie den Verbrauch drastisch drosselt. Der staatliche Schutzschirm schließt in Teilen Hilfe für kommunale Unternehmen aus.

Das muss sich ändern. Hierzu stehen wir schon im Austausch mit der Bundesregierung. Die künftige Entwicklung hängt natürlich auch stark von der Entwicklung der anderen Branchen ab. Umso wichtiger ist, dass nun über Konjunkturprogramme gesprochen wird, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Die Politik muss Impulse setzen und Hemmnisse beim Ausbau erneuerbarer Energien aus dem Weg räumen, etwa durch die Abschaffung des PVFörderdeckels, einer Beschleunigung der Genehmigungs- und Planungsverfahren für Windkraftanlagen und Investitionen in Wasserstofftechnologien, Elektromobilität und intelligente Netze. Zur Erholung der Volkswirtschaft kann und will unsere Branche ihren Beitrag leisten. Wir wollen weiter investieren in eine sichere und immer nachhaltigere Energiewelt.

()

Stichwörter: Politik, BDEW, Kerstin Andreae